

«Sparprogramm auf dem Buckel der Ärmsten»

Melchior Lengsfeld, Präsident von Alliance Sud, wehrt sich gegen Abstriche bei der Entwicklungshilfe und verteidigt die Arbeit der Hilfswerke. Die Wirkung ihres Einsatzes lasse sich belegen

NZZ am Sonntag: *Die Entwicklungshilfe gerät politisch unter Druck. Ist die Schweiz weniger solidarisch als auch schon?*

Melchior Lengsfeld: Nein. Die Entwicklungszusammenarbeit ist in der Bevölkerung immer noch sehr breit abgestützt. Es ist den Menschen nicht gleichgültig, was in ärmeren Ländern passiert, dass etwa alle fünf Sekunden ein Kind an Armut stirbt. Eine repräsentative Umfrage zeigt denn auch, dass eine grosse Mehrheit für Entwicklungszusammenarbeit mehr oder mindestens gleich viel ausgeben will. Daran sollte sich auch die Politik orientieren.

Trotzdem: Der Nationalrat wird die Mittel nächste Woche wohl von 0,5 auf 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens oder gar noch weiter zurückfahren.

Diese Kürzungsanträge fussen auf rein finanzpolitischen Überlegungen. Es stört uns, dass nicht mehr inhaltlich darüber diskutiert wird, welchen Beitrag die Schweiz für die Ärmsten der Welt leisten kann und soll.

Ist es nicht so, dass viele Politiker den Glauben an die Wirksamkeit der Hilfe verloren haben?

Das glaube ich nicht. Aber im Kampf der Lobbys um die Bundesgelder geht derzeit unter, wie wirksam dieses Geld effektiv investiert ist. Die Kürzungsanträge der SVP und der Finanzkommission des Nationalrats etwa würden bedeuten, dass wir das Engagement um mehr als einen Viertel reduzieren. Das wäre ein radikales Sparprogramm auf dem Buckel der Ärmsten, gefordert ausgerechnet von den Kreisen, die sonst gerne sagen, man solle den Menschen vor Ort helfen.

Was fordern die Hilfswerke?

Wir verlangen, dass die Schweiz ihre Mittel auf mindestens 0,7 Prozent des Volksein-

kommens erhöht, wozu sich der Bundesrat auch international verpflichtet hat.

Mehr Geld gleich mehr Wirkung - ist die Rechnung so einfach?

Letztlich schon. Es geht eben nicht um abstrakte Zahlen, sondern um konkrete Hilfsprojekte, zum Beispiel für Trinkwasser oder Berufsbildung. Und mit weniger Mitteln kann man weniger leisten. Dass Entwicklungszusammenarbeit wirkt, zeigt die Bilanz der letzten Jahre: Seit 1990 hat sich die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, halbiert. Die Lebenserwartung in den ärmsten Ländern ist um elf Jahre gestiegen, die Kindersterblichkeit wurde halbiert. Das sind enorme Fortschritte.

Viele Ökonomen bezweifeln, dass dies das Resultat der Hilfe ist. Es lässt sich kein Konnex zwischen Wachstum und Hilfe belegen.

Sie ist sicher nicht der einzige Beitrag, aber doch ein wesentlicher. Das Ziel der Zusammenarbeit ist auch nicht das statistische Wirtschaftswachstum eines Landes, sondern eine Reduktion der Armut. Und dafür gibt es durchaus Belege: Allein Helvetas hat letztes Jahr 3,6 Millionen Menschen Hilfe zur Selbsthilfe geleistet, das entspricht fast der Hälfte der Bevölkerung in der Schweiz. Und wir haben 335 000 Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht, das entspricht der Bevölkerung des Kantons Wallis.

Es gäbe auch negative Beispiele: Der Bund musste kürzlich ein Projekt zur Lehrlingsausbildung in Nigeria stoppen, weil das Geld in einem privaten Verein versickert ist.

Ich kenne dieses Beispiel nicht. Misserfolge kann es geben, wie übrigens auch bei privatwirtschaftlichen Investitionen. Darum ist es wichtig, dass man die Partner vor Ort

sorgfältig auswählt, sie in die Planung einbezieht und regelmässig von ihnen Rechenschaft einfordert. Dann kann man Projekte nötigenfalls auch anpassen, bis die Qualität stimmt.

Kritisiert wird auch, dass die Schweiz ihre Hilfe verzettelt. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ist in über 40 Ländern tätig und arbeitet mit hundert verschiedenen Schweizer Organisationen zusammen.

Die Deza kann logischerweise nicht alles selber machen, also arbeitet sie mit Partnern zusammen, die spezifische Kompetenzen mitbringen. Diese Art von Zusammenarbeit ist sinnvoll. Das breite Engagement erklärt sich dadurch, dass die Schweiz der Armutsreduktion verpflichtet ist und nicht selektiv politische Interessen verfolgt. Das ist richtig so.

Doch dadurch entsteht letztlich ein ganzer Sektor, der vom Geld des Bundes abhängig ist. Das fördert Vetterliwirtschaft und hemmt jede Kritik.

Das sehe ich anders. Nehmen wir Helvetas als Beispiel: Wir sind ein Verein mit klaren, eigenen Zielen. Diese streben wir mit Spenden und Mitgliederbeiträgen an. Allerdings können wir mit mehr Mitteln mehr Wirkung entfalten, darum bemühen wir uns um Partnerschaften und bewerben uns auch für staatliche Projekte, die im Wettbewerb vergeben werden. Das ist kein Selbstzweck. Das Verfahren ist transparent und basiert auf qualitativen und wirtschaftlichen Kriterien. Und wir müssen für jedes unserer Projekte die Wirkung belegen.

Das führt dazu, dass bei Helvetas mittlerweile mehr als 50 Prozent der Einnahmen vom Bund stammen. Können Sie sich überhaupt noch mit Recht als NGO bezeichnen, also als Nichtregierungs-

organisation?

Ja, da wir gemäss den Zielen unseres Vereins arbeiten und keinen Gewinn anstreben. Unsere Basis sind die über 100 000 Mitglieder und Spender aus allen Kreisen der Gesellschaft.

Viele Politiker fordern, dass die Schweiz für ihre Hilfe mehr Gegenleistungen verlangen soll, zum Beispiel eine bessere Zusammenarbeit im Migrationsbereich. Sind Sie einverstanden?

Das tönt zwar verlockend, ist aber nicht sehr durchdacht. Zunächst steht im Gesetz, dass Entwicklungszusammenarbeit primär der Armutsreduktion zu dienen hat und nicht anderen Interessen. Dann muss man sich fragen, ob es überhaupt Potenzial für solche Verknüpfungen gibt. Viele Flüchtlinge stammen aus Ländern wie Syrien oder dem Irak, in denen die Schweiz gar keine Entwicklungszusammenarbeit leistet, sondern nur Nothilfe. Und diese möchte niemand an politische Bedingungen knüpfen. Im Übrigen wäre es auch sachlich falsch und unfair, die ärmsten Menschen für die Politik ihrer Regierungen zu bestrafen.

Kann denn Entwicklungszusammenarbeit Migration eindämmen? Der Bundesrat wirbt in seiner Botschaft damit.

Dieses Thema muss man differenziert betrachten. Die Ärmsten können in der Regel nicht auswandern. Verbessert sich ihre Lage, ermöglicht dies ihnen vielleicht, vom Land in die Stadt oder in ein Nachbarland zu migrieren. 90 Prozent der weltweiten Migration findet regional statt. Tatsache ist: Die meisten Menschen möchten in ihrer Heimat bleiben. Verbessert man dort ihre Lebensbedingungen, können sie dies eher. Längerfristig kann also die Entwicklungszusammenarbeit durchaus einen Beitrag zur Reduktion der Migration leisten.

Interview: Daniel Friedli